



Integration statt Ghettoisierung und soziale Segregation

Pressemitteilung von Hakki Keskin, 21. November 2007

Die Nassauische Heimstätte Wohnstadt, eine vom Land Hessen und den Kommunen getragene Wohnungsbaugesellschaft, setzt laut eigenen Angaben auf „einheitliche ethnische Nachbarschaften in Milieuhäusern.“ Das Unternehmen will in Zukunft die Vergabe freier Wohnungen im Rhein-Main-Gebiet von der Abstammung der zukünftigen Mieter abhängig machen. Hierzu erklärt Hakki Keskin, EU-Erweiterungsbeauftragter der Fraktion DIE LINKE:

Eine Segregation der Wohnbevölkerung ist somit vorprogrammiert.

In den vergangenen Jahren hat sich in der deutschen Bevölkerung zunehmend die völlig richtige und längst überfällige Erkenntnis durchgesetzt, dass die Integration der nach Deutschland zugewanderten Menschen eine große Bereicherung für jeden Einzelnen bedeuten kann. Auch in den Parteien der Bundesrepublik setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland geworden ist und die Integration der Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft

eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre sein wird.

Die soziale Integration findet jedoch nicht am „grünen Tisch“ statt, sondern im Alltag in den Schulen und Kitas, am Arbeitsplatz und nicht zuletzt im nachbarschaftlichen Wohnen.

Mit der Schaffung von Milieuhäusern stellt sich ein öffentliches Unternehmen mit großer sozialer Verantwortung gegen eine notwendige integrative Wohnungsvergabep Praxis. Soziale Spannungen im Wohnumfeld haben soziale Ursachen wie Arbeitslosigkeit, Mangel an Ausbildungsplätzen und Armut durch neoliberale Sozialpolitik. Diese Probleme haben keine ethnischen Ursachen. Sie müssen als soziale Probleme erkannt und gelöst werden.

Das Land Hessen muss hier als Gesellschafter dringend und nachhaltig intervenieren und den Versuch sozialer und ethnischer Segregation unterbinden. Die jüngsten Distanzierungen der Nassauischen Heimstätte von ihren ursprünglichen Planungen dürfen keine Lippenbekenntnisse sein. Denn nicht Ghettoisierung und Stigmatisierung sind öffentliche Aufgaben, sondern die Förderung eines pluralistischen und vielfältigen Miteinanders.